



Kaum Interesse an Lobby-«Spritztour»

Nach BaZ-Recherche mochten die meisten Parlamentarier nicht mehr in die für sie organisierten Oldtimer steigen

Von Dominik Feusi, Bern

Rechtzeitig zur grossen «Spritztour» angekündigten Rundfahrt der Kulturpolitiker schaute gestern in Bern die Sonne aus dem sonst seit Sessionsbeginn wolkenverhangenen Himmel. Auf dem Bundesplatz reichten sich 18 wunderschöne Oldtimer auf – nur die Gäste aus der Politik blieben weitgehend aus. Die BaZ hatte am Montag darüber berichtet, dass es bei der «Spritztour» um Lobbying mit Steuergeldern für noch mehr Kultursubventionen geht.

Insgesamt nahmen nur vier Nationalräte teil: Jean-François Steiert (SP, FR) als Organisator, Jean Christophe Schwaab (SP, VD), Hans-Ulrich Bigler (FDP, ZH) und Maja Ingold (EVP, ZH), bereitet von rund 20 Gästen der Nationalen Informationsstelle zum Kulturerbe (Nike), die zusammen mit der parlamentarischen Gruppe Kultur zum Anlass eingeladen hatte. Diese Gruppe hätte immerhin 79 Mitglieder. Über die Kirchenfeldbrücke und das anschliessende Kirchenfeld mit seinen edlen Villen ging es hinunter zum Bärengraben und dann wieder die Altstadt hinauf bis zum Berner Münster. Rund 10 bis 15 Liter Treibstoff brauchen die edlen Fahrzeuge für hundert Kilometer.

Lobbying ohne Auftrag

Weiterhin verweigert die Nike jede Auskunft darüber, von wem sie den Auftrag hat, bei Parlamentariern für Kultursubventionen zu lobbyieren. Klar ist, dass die 650 000 Franken vom Bundesamt für Kultur (BAK) keinen solchen Auftrag enthalten. Auch das Geld der Kantone dürfte nicht für Lobbying gesprochen worden sein, zumindest kann sich kein Nordwestschweizer Kanton an so etwas erinnern. Es soll einen Leistungskatalog geben. Nike verneint das aber auf Anfrage. Geschäftsführerin Cordula Kessler stellt sich auf den Standpunkt, sie sei nur ihren Geldgebern zur Rechenschaft verpflichtet.



Teure Leerfahrt. Die meisten der 18 Oldtimer wurden nicht gebraucht – es kamen nur vier Parlamentarier.

Jetzt gibt Kessler zu, dass Nike 30 000 Franken an Alliance patrimoine überweist, die andere Lobbyplattform, die sich für Kultursubventionen einsetzt und bei der Nike Mitglied ist. Angesiedelt ist sie bei Lobbyist Lorenz Furrer, der damit für seine kostenlose Tätigkeit als Sekretär der parlamentarischen Gruppe Kultur doch noch bezahlt wird.

Auch die anderen drei Mitglieder von Alliance patrimoine legen auf Anfrage ihren Beitrag offen. Die Gesellschaft für Schweizerische Kunstge-

sellschaft, der Schweizer Heimatschutz und Archäologie Schweiz bezahlen ebenfalls je 30 000 Franken. Diese drei Organisationen sind aber zum überwiegenden Teil nicht mit Steuergeldern, sondern durch Mitgliederbeiträge finanziert. Der Beitrag von Nike stammt hingegen aus Steuergeldern und wurde ohne Auftrag der öffentlichen Geldgeber für politische Interessenvertretung eingesetzt. Insgesamt erhält Lobbyist Lorenz Furrer für ein kaum aufwendiges Mandat stolze 120 000 Franken.

Die Intransparenz bei den Subventionen des Bundes – nicht nur, aber besonders im Kulturbereich – stört Parlamentarier seit Längerem. Vor zwei Jahren forderte die Thurgauer SVP-Nationalrätin Verena Herzog mit 31 Mitunterzeichnenden aus CVP und SVP, dass Empfänger von Subventionen im Jahresbericht und auf ihrer Webseite die Höhe der Gelder und ihren Anteil in Prozent der gesamten Erträge sowie die zugrunde liegende gesetzliche Grundlage transparent machen müssen. «Wer vom Bund subventioniert wird, soll dazu stehen, es zeigen und gegenüber der Öffentlichkeit offenlegen», sagte Verena Herzog damals. «Hilfswerke, Nicht-Regierungsorganisationen, Sportverbände und Kulturinstitutionen müssen transparent sein, wenn sie Steuer-gelder erhalten.» Daran hat sich nichts geändert. Dass eine fast ausschliesslich mit Steuergeldern finanzierte Informationsstelle wie die Nike ohne Auftrag Lobbying betreibt und nicht einmal auf Anfrage ihre Zahlen bekannt gibt, findet sie stossend.

Bundesrat gegen Transparenz

Der Bundesrat lehnte Herzogs Vorstoss ab mit der Begründung, dass daraus administrativer Aufwand entstehe. Den Informationsbedürfnissen der Öffentlichkeit werde schon jetzt Rechnung getragen. Die Subventionsempfänger seien in den Botschaften zum Voranschlag und in der Subventionsdatenbank der Eidgenössischen Finanzverwaltung enthalten. Allenfalls könne man die Angaben zu Subventionen ja einfordern.

Doch der Bundesrat irrt: Die Subventionen an Nike sind weder im Voranschlag zur Staatsrechnung noch in der Subventionsdatenbank ausgewiesen. Die Datenbank wurde einst von Bundesrat Hans-Rudolf Merz (FDP) in Auftrag gegeben und enthielt teilweise detaillierte Angaben zu Subventionsempfängern. Mit dessen Nachfolgerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) wurde auf die Benennung der tatsächlichen Geldempfänger verzichtet. Wer die Gelder an die Nike sucht, kommt nur bis zum allgemeinen Kredit «Unterstützung kultureller Organisationen», wo unter dem Titel «Subventionsempfänger» statt einer Liste bloss wieder «Kulturelle Organisationen» steht.

Der Vorstoss von Herzog wird Ende der Session abgeschrieben, weil er seit zwei Jahren hängig ist und im Nationalrat nicht behandelt wurde. «Es sind Gelder der Öffentlichkeit, die Empfänger sind deshalb zu Transparenz gegenüber jenen verpflichtet, von denen das Geld herkommt.» Sie erwarte, dass dies eine Selbstverständlichkeit sei. Sie werde auf jeden Fall am Thema dranbleiben.

Der Staat lobbyiert für seine umstrittenen Gesetze

Der Fall der Nationalen Informationsstelle zum Kulturerbe (Nike) die mit Steuergeldern für Subventionen lobbyiert, ist kein Einzelfall. Die Bundesverwaltung nimmt seit Langem direkt Einfluss auf das Parlament und steuert die Politik in ihrem Sinn. Beobachter wissen, dass keine Interessengruppe politisch so stark ist wie die Verwaltung. Seit zwei Tagen steht vor dem Bundeshaus das «Lohnmobil», das auf die angebliche Lohndiskriminierung der Frauen gegenüber den Männern aufmerksam macht und Lohnkontrollen in Unternehmen fordert. Der Bundesrat, angeführt von Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP), hat noch in alter Zusammensetzung eine Botschaft dafür verabschiedet. Lohnkontrollen in der Privatwirtschaft sind ein alter Traum von SP und Grünen. Finanziert wird die

Kampagne durch das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) mit insgesamt 450 000 Franken. Wie bei der Nike sind die Subventionen auch hier nicht transparent ausgewiesen. Die Subventionsdatenbank der Finanzverwaltung enthält keinen Eintrag dazu. Das EBG schreibt, das Engagement schliesse Projekte aus, deren «Hauptziel politische Aktivitäten im engeren Sinn» seien. Derweil geben sich Parlamentarier von SP und Grünen das Mikrofon in die Hand und nutzen die Möglichkeit für ihre parteipolitischen Anliegen. Das Problem dabei: Ob es tatsächlich eine allgemeine Lohndiskriminierung gibt, ist nicht erwiesen. Selbst die vom Bundesrat angeordneten Studien zum Thema kommen zum Schluss, dass Diskriminierung nicht messbar sei. ■



Auf dem Sprung. Jean-François Steiert (SP, FR) hält Hans-Ulrich Bigler (FDP, ZH) die Türe auf. Foto: Lucien Hunziker



Aufgepasst. Jean-François Steiert mahnt Parteikollege Jean-Christophe Schwaab (SP, VD, mit Sonnenbrille)



Auf Wiedersehen. Am Schluss steigt Steiert in den MG und braust durch die Berner Altstadt davon